

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

2. JAHRGANG

OKTOBER 1951

HEFT 10

Walter Theimer

DES TEUFELS GENERALE

*„Der Krieg ist eine viel zu ernste Angelegenheit,
als daß man ihn den Generalen überlassen könnte.“*

Georges Clémenceau

Das Debüt der Generale, die den neuen „Verband Deutscher Soldaten“ (VDS) führen, übertrifft noch alle Befürchtungen, die von den Kennern der Verhältnisse an die Legalisierung der Soldatenbünde geknüpft wurden. Schnell lassen sie die demokratische Maske fallen, die sie noch gelegentlich ihrer kürzlichen Vorstellung bei den Führern von Regierung und Opposition trugen. Ihre Zuneigung zu dem überwundenen Hitlersystem wird nur noch durch ihr politisches Ungeschick übertroffen: sie machen sich selbst so schnell wie möglich untragbar für den demokratischen Staat.

„Getreu unserem Eid ...“ beginnt der Aufruf, mit dem der Verband die ehemaligen Kriegsteilnehmer auffordert, ihm als Mitglieder beizutreten. Der Eid, der hier angerufen wird, begann: *„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten ...“* Die Pflichterfüllung unter diesem Eid gehört nach dem Aufruf zu den „Werten“, die „im Chaos der Nachkriegszeit ihre ewige Gültigkeit erwiesen haben“. Der Zweck des Soldatenverbandes ist, „sie erneut zu beleben und zu allgemeiner Geltung in unserem Volke zu bringen“. Dann bekennt sich der Verband zu einem deutschen Staat „auf dem Fundament von Wahrheit, Freiheit und Recht“. Das verpönte Wort „Demokratie“ wird nicht gebraucht. Das war nur für die ersten Erklärungen in der Öffentlichkeit notwendig. Kein Wort des Abrückens von der Hitlerdiktatur. Inzwischen hat sich das Präsidialmitglied *Ramcke* schon über „veraltete Demokratien“ vernehmen lassen. Ein anderer Soldatenbund-General hat ein militärisches Ehrengericht gegen die überlebenden „Verräter“ vom 20. Juli 1944 gefordert, deren Aburteilung im vergangenen Juli auch von einer Konferenz höherer Offiziere der ehemaligen Fallschirmjäger unter Beifall der großen Mehrheit verlangt wurde. Auch sonst wird der Ruf erhoben, eine kommende Wehrmacht von „Elementen, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben“, zu säubern.

20. Juli — „unsoldatisch“

Trotz der gelegentlichen demokratischen Lippenbekenntnisse lassen manche Führer des Soldatenverbandes keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Hitler-Ära und die Hitler-Armee für sie der politische Anknüpfungspunkt sind. Wo sie 1945 aufzuhören gezwungen wurden, da wollen sie wieder anfangen. Die Diffamierung der deutschen Widerstandsbewegung, die in dem Aufstandsversuch vom 20. Juli 1944 gipfelte, ist denen, die so sehr über ihre eigene Diffamierung

klagen, dabei Herzenssache. Kennzeichnend waren die politischen Äußerungen des ehemaligen *Generalobersten Frießner*, die er vor der Auslandspresse in Bonn zu machen für nötig hielt. Dieser Vorsitzende des Soldatenverbandes gilt noch als ziemlich gemäßigt; man kann sich vorstellen, wie die anderen Vorstandsmitglieder denken, denen dieser Ruf nicht vorangeht.

Zunächst machte sich der General die Hitlersche Kriegstheorie zu eigen: der Krieg mußte begonnen werden, weil die Polen „die deutsche Bevölkerung drangsalierten“, und der deutsche Soldat mußte „gegen den Bolschewismus kämpfen“. Daß der Hitlerkrieg ein von langer Hand vorbereiteter Eroberungskrieg war, ist dem Vorsitzenden des Soldatenverbandes offenbar noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Die Kriegsvorwände der Nazi-Propaganda sind für ihn heute noch geschichtliche Tatsachen. Hitler wird rehabilitiert — er hat recht gehabt. Also können seine Gegner nicht recht-gehabt haben, über den 20. Juli 1944 befragt, erklärte der General, daß er den „Mord am Staatsoberhaupt“ als Christ und Soldat ablehne. Diese Ablehnung sei um so tiefer, als die Front dadurch gefährdet werden konnte, wo der deutsche Soldat „um Sein oder Nichtsein kämpfte“.

Für diesen General, der „auf dem Boden des demokratischen Staates steht“, ist Hitler also immer noch ein legitimes Staatsoberhaupt gewesen. Den Versuch, das Strafgericht an dem wahnsinnigen Monsterverbrecher und Usurpator zu vollziehen, lehnt er als „politischen Mord“ ab, für den der Soldat, wenn er sich in seinem Rücken abspiele, kein Verständnis habe. Die sechs Millionen politischen Morde desselben Hitler, die sich im Rücken der Soldaten abspielten, bedrückten das christliche Gewissen des Generals offenbar nicht. Es ging damals nicht um einen Kampf um Sein oder Nichtsein, sondern nur noch um das Nichtsein. Selbst wenn die Widerstandsbewegung zu einem früheren Zusammenbruch der deutschen Front geführt hätte, so wäre nur ein Jahr früher gekommen, was dann doch unvermeidlich kommen mußte. Aber Hunderttausende von Soldaten hätten nicht mehr sinnlos fallen müssen, um das Leben des Tyrannen um ein Jahr zu verlängern, Millionen unschuldiger Menschen wäre der Transport in Hitlers Mordfabriken noch erspart geblieben; zerstörte Städte stünden noch, Deutschland hätte ein großes moralisches Aktivum vor der Welt. Frießner fügte immerhin hinzu, die Männer vom 20. Juli hätten patriotisch und sittlich gehandelt, nur sei ihr Unternehmen zu spät und „unsoldatisch“ ausgeführt worden. An der tragischen Verspätung des Rettungsversuchs waren aber eben jene Generale vom Schlage Frießners schuld, die nicht mitmachen wollten, wie es ihre wahre Pflicht gewesen wäre. Im übrigen hätte ein Sieg der Widerstandsbewegung die Friedensbedingungen wahrscheinlich ganz entscheidend verbessert, selbst noch zu diesem späten Termin.

Auf dem Wege zum politischen Nihilismus

Frießner meinte zwar, die Juli- und die Anti-Juli-Männer müßten sich die Hände reichen; aber eine solche Stellungnahme genügt nicht. Eine bloße *Tolerierung* der Widerstandsbewegung — wie lange übrigens? — wird demokratischen Notwendigkeiten nicht gerecht. Wer sagt: „Ich war und bin gegen den Widerstand gegen Hitler, aber ich billige den Widerstandsmännern ehrenhafte Motive zu“, *ist* kein Demokrat, hat in sich den Bruch mit Hitler nicht wenigstens nachträglich vollzogen. Wer die Demokratie, das Menschenrecht bejaht, muß Hitler ablehnen und den Widerstand gegen ihn bejahen. Er muß bedauern, nicht daran teilgenommen zu haben, seinen Irrtum und seine Verblendung zugeben. Dann können die überlebenden Träger des Widerstandes *ihn* vielleicht tole-

rieren. *Der heutige demokratische Staat*, dem die Generale angeblich dienen wollen, *knüpft an den deutschen Abwehrkampf gegen Hitler an*, nicht an den Kampf für Hitler. Der 20. Juli 1944 war ein *Ehrentag für die deutsche Armee*; er hat es auch in jeder zukünftigen deutschen Armee zu bleiben. Seine respektvolle Anerkennung durch jeden künftigen deutschen Offizier muß unbedingt gefordert werden.

Die Äußerungen der Soldatenbundgenerale zeigen eine tiefere Identifizierung der Offizierskaste mit dem Hitlerismus als vielfach, angenommen wurde. Sie paßt nicht zum Bild des politisch neutralen Soldaten, das Frießner als Ideal hinstellte. Ein solcher Soldat ist übrigens kein Ideal. Frießner rühmte sich, drei Systemen ohne Gesinnungsänderung gedient zu haben. Einem verbrecherischen, irrsinnigen System zu dienen war für ihn dasselbe wie einem verfassungsmäßigen Rechtsstaat zu dienen. Auf diesem Wege kommt der Offizier nicht zur politischen Neutralität, sondern zum politischen Nihilismus, der ja die alten Werte seines Berufes schon genügsam angenagt hat. Er kommt dann zum „auswechselbaren Fahneneid“. Da wird Mystik mit dem Fahneneid getrieben, der einem Eidbrecher geschworen wurde von Eidbrechern — denn der Reichskanzler Hitler und die Offiziere der Reichswehr hatten auf die republikanische Verfassung geschworen. Die Reichswehroffiziere waren eidlich verpflichtet, sie zu schützen. Auf diesen Eid piffen sie, aber der Eid an den Usurpator soll ein Heiligtum sein? Die politische Neutralität kann nun einmal nicht so weit gehen, daß der Eid an die Republik und der Eid an die Tyrannei einander gleichgesetzt werden nach dem Rezept: Eid ist Eid... bis zum nächsten Eid. Wir wissen nun, Gott sei Dank, woran wir sind und können entsprechende Folgerungen ziehen. „Neutrale“ Offiziere sind günstigstenfalls unverläßlich. Ein Offizier der deutschen Demokratie hat ein Demokrat zu sein, eine Stütze der verfassungsmäßigen Einrichtungen, ein Schrecken der Diktaturanwärter.

Notwendig: ein demokratisches Wehrprogramm

Die deutschen Gewerkschaften knüpfen bewußt an die Tradition des 20. Juli 1944 an, an dem unser unvergeßlicher *Wilhelm Leuschner* so großen Anteil gehabt hat. Die Gewerkschafter wissen, daß Hitler der größte Feind der Arbeiterbewegung gewesen ist, und lehnen jeden Rehabilitierungsversuch für diese grauenhafte Gestalt ab. *Georg Reuter*, stellvertretender Vorsitzender des DGB, erklärte am 29. September vor dem Bundestag der Gewerkschaft Bau, Steine und Erden in Fulda: „Wir bejahen die Notwendigkeit, Land und Volk gegen jede Kraft und jedermann zu verteidigen, der unsere Freiheit einschränken will. Wie und wann dies jedoch geschehen soll, bestimmen die Politiker und politischen Parteien und nicht die früheren Generale. Wir bejahen die Zusammenschlüsse ehemaliger Kriegsteilnehmer nur insoweit, als sie soziale Nöte steuern. Wir werden ein wachsames Auge haben müssen, daß sich die abgetakelten Generale in Deutschland nicht wieder zu Politikern machen.“

Es mag zu früh sein, ein regelrechtes Wehrgesetz zu diskutieren; die politischen Voraussetzungen für eine deutsche Wehrteilnahme sind nach den Washingtoner Beschlüssen noch längst nicht gegeben. Man präjudiziert sie aber nicht, wenn man *für den Fall*, daß solche Voraussetzungen noch geschaffen werden und ein deutscher Wehrbeitrag dann möglich wird, also stets mit einem großen WENN davor, die Umriss eines demokratischen Wehrprogramms skizziert. Die über die Gefahr einer Wiederkehr des alten Militarismus beunruhigten Mitglieder der Arbeiterbewegung können die richtige Orientierung in der Wehrfrage nicht finden, wenn ihnen hier nicht klare Vorschläge geboten wer-

den. Die jüngsten Entgleisungen der Generale vom Soldatenbund können sie in ihrer Unruhe nur bestärken. Im demokratisch verantwortlichen Volksoffizier würden sie eine bessere Sicherung der jungen deutschen Demokratie erblicken als in den Hitleroffizieren, die sich zu Bünden zusammengeschlossen haben, um ihren Anspruch auf die künftigen Offiziersstellen geltend zu machen. Denn das ist doch — Hand aufs Herz — der Hauptzweck der „Sammlungsbewegung“ der ehemaligen Soldaten.

So weit her ist es im übrigen mit der Sammlung noch nicht. Die Bünde haben höchstens 150 000 Mitglieder. Die zweieinhalb bis drei Millionen, von denen Herr Frießner sprach, müssen erst geworben werden. Der Soldatenverband ist eine Generals- und Offiziersangelegenheit. Die Mannschaften sollen erst noch dazukommen. Die ehemaligen Soldaten in den Reihen der Arbeiterbewegung werden Soldatenbünden fernbleiben, in denen sie für Hitlergenerale nur die Staffage zu bilden hätten. Wenn die letzteren so weitermachen, werden ihre Verbände ohnedies bald zur Auflösung reif sein. Die Arbeiterbewegung wird darüber wachen, daß ein neues deutsches Heer nicht unter ihrer Führung an die Hitler-Wehrmacht anknüpft, wie sie es zu wünschen scheinen. Sie wird darüber wachen, daß an die Stelle mystischen „Soldatentums“ der Begriff des Soldaten tritt, der in erster Linie demokratischer Bürger ist und keine anderen Worte anerkennt als die des demokratischen Bürgers eines freien Staates.

Der Bundes-Jugendausschuß des DGB hat einstimmig in einer EntschlieÙung gegen die Neugründung des Bundes Deutscher Soldaten sowie die Gründung zahlreicher Soldaten-, Traditions- und Waffenbünde Stellung genommen. In dieser EntschlieÙung heißt es:

„Zur Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Berufssoldaten sowie der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen bedarf es keiner neuen Organisation. *Die Aufgabenstellung der Soldatenbünde ist konstruiert und tarnt nur den eigentlichen Zweck dieser Vereinigungen. Für die deutsche Jugend gibt es andere und bessere Einrichtungen als Soldatenverbände, um an den demokratischen Staat herangeführt zu werden. Aus der Vergangenheit lernend muß erkannt werden, daß in Krisenzeiten des demokratischen Lebens Soldatenverbände in Deutschland stets eine Gefahr für die bestehende demokratische Ordnung waren. Die Restaurierung militaristischer und nationalistischer Kreise würde bedeuten, daß das für uns so nötige Vertrauen des Auslandes in Frage gestellt wird.*“

ALBERT SCHWEITZER:

Nationalismus ist ein unwürdiger Patriotismus.

Nationalismus ist überall in allen Beziehungen wirksam. In einigen Teilen der Welt ist er im Begriffe, so extreme Formen anzunehmen, daß sich Nationen in feindliche Gruppen aufspalten, von welchen jede die Kennzeichen eines nationalen Staates besitzt. Sogar unter Eingeborenenstämmen, deren Glieder weder lesen noch schreiben können, gehen die Saaten des Nationalismus auf. Es ist deutlich erkennbar, daß die Flut des Nationalismus in der modernen Welt ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.